

Deutscher Presserat rügt elf Veröffentlichungen	1
Bundesregierung muss nicht über Verlauf ihrer Sitzungen informieren	2
Hohe Einschaltquote für SWR-Elefantenrunde in Rheinland-Pfalz	3
Journalismus-Professor warnt vor Kolonisierung durch Facebook	3
Warnung vor Rassismus in Kriminalitätsberichterstattung	4
RB-Rundfunkrat kritisiert Teile von Funkhaus-Europa-Reform	5
Wohlfahrtsverbände fordern Sitz im Rundfunkrat bei Radio Bremen	6
BLM-Präsident Siegfried Schneider wiedergewählt	6
Bert Lingnau neuer Direktor der Medienanstalt MV	7

Deutscher Presserat rügt elf Veröffentlichungen

Berlin (epd). **Der Deutsche Presserat hat elf Veröffentlichungen in deutschen Medien wegen schwerer Verstöße gegen den Pressekodex gerügt. Allein fünf Rügen ergingen wegen offensichtlicher Schleichwerbung. Die insgesamt 31 Beschwerden zur Berichterstattung verschiedener Medien über die Vorfälle in der Kölner Silvesternacht wies der Beschwerdeausschuss hingegen allesamt als unbegründet zurück, wie das Selbstkontrollgremium der Presse am Freitag in Berlin mitteilte.**

Allein 14 Beschwerden in Zusammenhang mit den Übergriffen auf Frauen in Köln richteten sich gegen den Titel »Frauen klagen an« des Magazins »Focus«, das eine nackte weiße Frau mit schwarzen Handabdrücken auf ihrer Haut zeigte. Die Veröffentlichung sei vom Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt, befand der Presserat.

Wegen Schleichwerbung erhielten die »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung« und ihre Online-Ausgabe ein Rüge. Unter der Überschrift »Schönschreiben mit Federhaltern« war über die Produkte eines Herstellers von Füllfederhaltern ohne ersichtliche Alleinstellungsmerkmale ausführlich und »ganz überwiegend positiv« berichtet worden. Weitere Rügen wegen Schleichwerbung erhielten »Focus Online«, das Portal »netmoms.de« und die TV-Zeitschrift »Hören und Sehen«.

Hohe Einschaltquote für SWR-Elefantenrunde in Rheinland-Pfalz

Stuttgart (epd). Fast eine Million Zuschauer haben am Donnerstagabend die von wochenlangem Streit um den Teilnehmerkreis überschatteten Vorwahl-Diskussionsrunden im SWR-Fernsehen verfolgt. In Rheinland-Pfalz habe die Elefantenrunde mit 430.000 Zuschauern einen außerordentlich hohen Marktanteil von 27 Prozent erzielt, teilte der SWR am Freitag auf Anfrage dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Stuttgart mit. In Baden-Württemberg fiel der Zuspruch mit 540.000 Zuschauern und einer Quote von 13,6 Prozent so groß aus wie vor vergangenen Wahlen. Wichtige Themen in beiden Runden waren die Flüchtlingspolitik und der Umgang mit der rechtskonservativen AfD.

In Mainz hatte die SPD drei Tage vor dem Wahltermin wie angekündigt Landespartei-Chef Roger Lewentz anstelle von Ministerpräsidentin Malu Dreyer in die 90-minütige Runde geschickt. Dreyer hatte sich geweigert, gemeinsam mit dem AfD-Spitzenkandidaten Uwe Junge aufzutreten. Die Moderatoren griffen den Parteien-Streit um die eigene Sendung gleich zu Beginn noch einmal auf. Dreyers CDU-Herausforderin Julia Klöckner nutzte dies, um den Boykott durch die Ministerpräsidentin erneut zu kritisieren: »Wer gute Argumente hat, kann sich auch der Diskussion stellen.«

Die Moderatoren konfrontierten die AfD-Vertreter mit eigenen fragwürdigen Äußerungen aus dem Wahlkampf, die Politiker aller anderen Parteien demonstrierten Einigkeit in ihrer Ablehnung der AfD. Im Verlauf der Diskussionsrunde sorgten in Rheinland-Pfalz dann aber ungleich verteilte Redezeiten für Unmut auch gegenüber den Moderatoren. »Ich hatte schon fast befürchtet, Sie hätten mich nur eingeladen, weil ich so gut aussehe«, sagte Linken-Spitzenkandidat Jochen Bülow, als er nach 53 Minuten Sendezeit zum zweiten Mal zu Wort kam.

Der SWR hatte vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz die Spitzenkandidaten von CDU, SPD, Grünen, Linken, FDP und AfD einladen wollen. Weil Ministerpräsidentin Dreyer und ihr baden-württembergischer Amtskollege Winfried Kretschmann (Grüne) gemeinsame Auftritte mit AfD-Vertretern ablehnten, hatte der Sender sein Konzept »neu justiert« und wollte in Rheinland-Pfalz nur noch die Landtagsparteien CDU, SPD und Grüne einladen. Daraufhin hatte CDU-Spitzenkandidatin Julia Klöckner ihre Teilnahme abgesagt. Nach einem Appell des Senders an alle Parteien und einer bundesweiten kritischen Medienberichterstattung über die Sendung konnte die Runde schließlich doch stattfinden.

lmw

Journalismus-Professor warnt vor Kolonisierung durch Facebook

Frankfurt a.M. (epd). Der Hamburger Journalismus-Professor Volker Lilienthal hat vor einer digitalen Kolonisierung der Medien durch Facebook und Google gewarnt. Es bestehe die Gefahr, dass die sogenannten Instant Articles, die Medienunternehmen Facebook zuliefern, von den Nutzern dem sozialen Netzwerk zugeordnet würden und nicht den Medienunternehmen, die die eigentliche Quelle der Information seien, sagte Lilienthal am Donnerstag bei einem Medienkongress in Frankfurt am Main.

Das soziale Netzwerk habe eine sehr starke Rolle bei der gesellschaftlichen Informationsverteilung und der Wahrnehmung von Nachrichten, sagte Lilienthal. Aber auch Facebook

als digitales Riesenreich mit weltweit 1,6 Milliarden Nutzern könne eines Tages wieder verschwinden. Die Medienunternehmen müssten daher auf möglichst vielen Plattformen präsent sein und dürften auch die eigene Homepage nicht vernachlässigen.

Lilienthal sagte, er fürchte, dass die Integrationsfunktion des Journalismus verloren gehe. Die blinden Flecken der Themen, die nicht wahrgenommen würden, könnten zunehmen, sagte er. Der Professor für Qualitätsjournalismus an der Universität Hamburg sprach beim Forum Medienzukunft der Hessischen Landesanstalt für Privaten Rundfunk und neue Medien. Das Forum Medienzukunft widmete sich in diesem Jahr der Frage »Rettet Silicon Valley den Journalismus?« *dir*

Warnung vor Rassismus in Kriminalitätsberichterstattung

Berlin (epd). **Das Deutsche Institut für Menschenrechte stützt die Position des Presserats zur Zurückhaltung bei der Herkunftsnennung von Straftätern. Wer in Deutschland eine Straftat begehe, sei nur für die Tat verantwortlich, nicht aber für die Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder religiösen Gruppe, sagte Hendrik Cremer, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts, bei einer Diskussionsveranstaltung zum Umgang mit Herkunftsnennungen durch die Polizei, am Donnerstag in Berlin. Im Rechtsstaat gelte der Grundsatz der persönlichen Verantwortung des Einzelnen.**

Der Deutsche Presserat als Selbstkontrollorgan der Medien hatte am Mittwoch entschieden, an seiner sogenannten Diskriminierungsrichtlinie festzuhalten. Die Regelung sieht vor, dass Medien die Herkunft oder Religion von Straftätern nur dann nennen, wenn ein »begründbarer Sachbezug« zu der Straftat besteht. Der Diskriminierungsschutz war verstärkt in die Kritik geraten, insbesondere in Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Straftaten in der Kölner Silvesternacht. Einige Journalisten beklagten, die Regelung halte Medien davon ab, über Kriminalität von Ausländern und vor allem Flüchtlingen wahrheitsgetreu zu berichten.

Cremer sagte, es gebe »keinen Tätertypus, der per se verdächtig ist«. Solche Vermutungen basierten auf rassistischen Stereotypen, die auch in der Polizeiarbeit zu einseitigen Ermittlungen führen könnten. Aus grundrechtlichen Vorgaben zum Schutz von Minderheiten vor Rassismus ergebe sich für den Staat zudem die Verpflichtung, Standards zu schaffen, die vor Diskriminierung in polizeilichen Meldungen schützen.

Cremer erklärte, internationale und europäische Menschenrechtsgremien hätten immer wieder darauf hingewiesen, dass der Polizei eine wesentliche Rolle bei der Bekämpfung von Rassismus zukomme. Nach der Empfehlung der Europaratskommission gegen Rassismus hätten Staaten daher sicherzustellen, dass sich die Ermittlungsbehörden gegenüber den Medien nicht in einer Weise äußern, die feindselige Haltungen und Stereotypen in der Öffentlichkeit stärken. Die Polizei dürfe nur dann Informationen zu Hautfarbe, Staatsangehörigkeit oder ethnischer Herkunft machen, wenn das etwa für die Fahndung unbedingt erforderlich sei, betonte Cremer. In allen anderen Fällen seien den Ermittlungsbehörden in Polizeimeldungen und auch den Medien Grenzen gesetzt, um Minderheiten vor Rassismus zu schützen. *mpe*